

STADT NAUMBURG (Saale)



Vorlagen-Nr.:	133/20
Vorlagentyp:	Entscheidung
Einreicher:	Oberbürgermeister
Prüfung:	<input checked="" type="checkbox"/> Barrierefreiheit <input checked="" type="checkbox"/> Gleichstellung
Eingang am:	16.11.2020
Version	1

Teilnahme:	intern:	Herr Ehrhardt
	extern:	

TOP:	11
------	----

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
--	---

Beratungsfolge:

Gremium	Datum	TOP	Liste	Art*	Ergebnis
Hauptausschuss	09.12.2020	10.	A	V	einstimmige Annahme
Gemeinderat	16.12.2020	14.	B	V	Sitzung abgesagt
Gemeinderat	27.01.2021			B	zurückgestellt
Gemeinderat	10.03.2021	11.	B	B	

Art* I=Information V=Vorberatung A=Anhörung B=Beschlussfassung

Betreff:

1. Änderungssatzung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit und Dienstaufwandsentschädigung

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die 1. Änderungssatzung über die Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit und Dienstaufwandsentschädigung.

Finanzielle Auswirkung:

☐ nein ☒ ja, in folg. Höhe: 750,00 Euro

Deckungsvorschlag: ☒ Haushaltsplan :
☐ über-/außerplanmäßig

Buchungsstelle: 11.11.01.00/53186000

Begründung:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 23.9.2020, Nr. 60/20 die 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung beschlossen. Ein wesentlicher Punkt war die Aufnahme von sachkundigen Bürgern in den Sozial-und Kulturausschuss.

Die ehrenamtliche Tätigkeit soll durch eine Aufwandsentschädigung in Form von Sitzungsgeld entschädigt werden. Die Kommunal-Entschädigungsverordnung KomEVO vom 8.5.2020 sieht in § 6 Abs. 6 KomEVO vor, dass sachkundigen Einwohnern ein Sitzungsgeld je Sitzung und Tag bis zu 17 Euro zu gewähren ist.

Die hier angesetzten 15 Euro entsprechen dem Sitzungsgeld vergleichbarer Städte. Die geänderten Paragraphen würden dann nach Änderung wie folgt aussehen (die Änderungen sind unterstrichen):

§ 1 Aufwandsentschädigung

(1) Allen ehrenamtlichen tätigen Stadträten und Ortschaftsräten wird eine Aufwandsentschädigung gewährt.

(2) Die Aufwandsentschädigung wird in Form eines monatlichen Pauschalbetrages einschließlich Wegstreckenentschädigung gewährt.

(3) Sachkundigen Einwohnern, die zum Mitglied eines beratenden Ausschusses bestellt wurden, wird eine Aufwandsentschädigung ausschließlich in Form von Sitzungsgeld gewährt.

.....

§ 3 a Sitzungsgeld

(1) Sitzungsgeld wird den berufenen Einwohner für die Teilnahme an der Sitzung des jeweiligen beratenden Ausschusses gewährt.

(2) Das Sitzungsgeld beträgt pro Sitzung und Tag 15 €.

(3) Als Nachweis für die Sitzungsteilnahme dient die Unterschrift in der jeweiligen Teilnehmerliste; diese übergibt der zuständige Schriftführer dem Sitzungsdienst.

(4) Das Sitzungsgeld entfällt bei Verweisung aus dem Sitzungsraum.

Bernward Küper
Oberbürgermeister